

Bund-Länder-Zielvereinbarung zum Moorbodenschutz vereinbart

Die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, und die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Svenja Schulze, haben gemeinsam mit allen Amtskolleginnen und -kollegen aus den Ländern die Bund-Länder-Zielvereinbarung zum Klimaschutz durch Moorbodenschutz unterschrieben. Bis zum Jahr 2030 sollen damit die jährlichen Treibhausgasemissionen aus Moorböden um fünf Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente reduziert werden. Zuletzt stammten etwa 53 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen aus entwässerten Moorböden, das entspricht 6,7 Prozent der gesamten deutschen Treibhausgasemissionen. Moorböden machen in Deutschland etwa acht Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche aus.

Im Zentrum der Vereinbarung stehen Maßnahmen zur großflächigen Wiedervernässung entwässerter Moorböden. Die land- bzw. forstwirtschaftliche Nutzung auf diesen Standorten soll – soweit gewünscht – weiterhin möglich sein, Paludikulturen gefördert werden. Für Modellvorhaben werden bis 2025 rund 330 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

<https://www.bmu.de/download/bund-laender-zielvereinbarung-zum-moorbodenschutz>

Deklaration des European Water Movement

Am 1. bis 3. Oktober 2021 traf sich die Europäische Wasserbewegung in Barcelona, um die wichtigsten Wasserprobleme zu besprechen und kurz- und mittelfristige Aktivitäten zu planen. An diesem Treffen nahmen mehr als 40 Personen aus 9 Ländern teil, darunter Deutschland, Belgien, Kroatien, Spanien, Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal und Serbien.

In einer gemeinsamen Deklaration spricht sich die Europäische Wasserbewegung für die Anerkennung der Menschenrechte auf Wasser und sanitäre Grundversorgung, für die öffentliche Wasserwirtschaft und den Kampf gegen den Raubbau an Wasserquellen aus.

<http://europeanwater.org/>

AöW-Forderungen zu den Koalitionsverhandlungen 2021

AöW-Präsident Prof. Lothar Scheuer fordert anlässlich der derzeit auf Bundesebene laufenden Koalitionsverhandlungen: „Die Aufgaben der öffentlichen Wasserwirtschaft sind Lebensgrundlage für die heutige und zukünftige Gesellschaft und die Umwelt. Dies muss sich – auch vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch den Klimawandel – in der zukünftigen Wasserpolitik der Bundesregierung deutlich wiederfinden und unterstützt werden.“

Konkret fordert AöW die konsequente Umsetzung des Verursachungsprinzip bei der kommenden Überarbeitung des Abwasserabgabegesetzes und die Schaffung von Anreizen für gewässerschonende Maßnahmen. Die geplanten Maßnahmen und die personellen und finanziellen Ressourcen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie sollen verstärkt werden, der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungen besser durchgesetzt, insbesondere angesichts der landwirtschaftliche verursachten Nitratbelastung. Die Sicherung der öffentlichen Wasserwirtschaft muss auch im Zusammenhang mit der anstehenden Ratifizierung des CETA-Abkommens durch die Bundesrepublik Deutschland Berücksichtigung finden.

Quelle: <https://aoew.de/allgemein/aoew-pressemitteilung-zur-heutigen-csu-klausurtagung-in-seeon-und-staatliche-trinkwasser-garantie-copy/>

Termine:

Der Endspurt für Europas Flüsse

Online-Veranstaltung am Dienstag, 26. Oktober 2021, 09:00 Uhr - 10:00

Wassernutzung in der Landwirtschaft und ein alarmierender Rückgang der biologischen Vielfalt. Ist Europa wirklich auf dem richtigen Weg, seine Süßwasser bis 2027 wieder gesund zu machen, wie es die Wasserrahmenrichtlinie verlangt?

Die Mitgliedstaaten haben nur noch wenige Monate Zeit, um ihre Bewirtschaftungspläne für die nächsten sechs Jahre fertigzustellen. Erfahren Sie mehr über die Analyse von 21 Entwürfen von Bewirtschaftungsplänen für Flusseinzugsgebiete in 11 EU-Mitgliedstaaten. Die Gastredner der EU-weiten Koalition Living Rivers Gastredner berichten über ihre Schlussfolgerungen und die notwendigen Maßnahmen, um den Endspurt in Richtung 2027 erfolgreich zu gestalten.

Hier können Sie sich registrieren:

https://wwf.zoom.us/webinar/register/WN_vJKE3YwGRdm_Cg9kD0lr5A

Wege zu einer zukunftsgerechten Gewässerbewirtschaftung

Online-Diskussionsveranstaltung zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Donnerstag, den 28. Oktober 2021 von 13:00-18:00 Uhr

Welche Wege müssen für eine zukunftsgerechte Gewässerbewirtschaftung eingeschlagen werden? Welche Ansprüche lassen sich vom Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichtes ableiten? Welche Chancen ergeben sich mit der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 und dem in Vorbereitung befindlichen Restoration Law? Welche Hebel existieren, um die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie voranzubringen?

Programm:

https://www.wrri-forum.de/wp-content/uploads/2021/10/Einladung_Gewaesserschutzforum_2021.pdf

Anmeldung:

<https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/veranstaltungen/30482.html>

Vesper - "Menschenrechte aktuell": Menschenrecht auf Wasser

Online-Veranstaltung

Donnerstag, 28. Oktober 2021, 19:00 Uhr

Auf der Veranstaltung möchten wir darüber diskutieren, wie Wasser, als Grundlage unseres Lebens, zunehmend in Gefahr gerät – weltweit wie auch in der Bundesrepublik – und über Perspektiven zur Sicherstellung der Versorgung aller Menschen sprechen mit:

- **Mathias Anderson**, Geschäftsführer von arche noVa
- **Michael Bender**, Leiter der Bundeskontaktstelle Wasser, GRÜNE LIGA
- **Dorothea Härlin**, Mitbegründerin des Berliner Wassertischs, der Wassertafel Berlin-Brandenburg und der Blue Community Berlin
- **Dr. Thilo F. Papacek**, Projektreferent bei GegenStrömung, Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie

Begrüßung: **Herbert Nebel**, Vorstand der Internationalen Liga für Menschenrechte

Moderation: **Ingo Stock**, Koordinator der Internationalen Liga für Menschenrechte

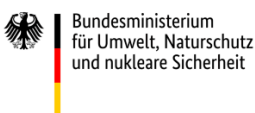
<https://ilmr.de/2021/vesper-menschenrechte-aktuell-menschenrecht-auf-wasser>

Stiftung Living Rivers in Kooperation mit der

GRÜNE LIGA e.V., Bundeskontaktstelle Wasser / Water Policy Office, Michael Bender

Im **Haus der Demokratie und Menschenrechte**, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Tel.: +49 30 / 40 39 35 30 Fax: 20 44 468 E-Mail: wasser@grueneliga.de; Internet: <http://www.wrri-info.de>



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



Umwelt
Bundesamt

Das Wasserblatt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren